

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)



Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts PC9584KDBJo	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/IPEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP00/01380	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 19/02/2000	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Tag) 27/02/1999
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK G01P21/02		
Anmelder CONTINENTAL TEVES AG & CO. OHG et al.		

- Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.
- Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 9 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.

☒ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

 Diese Anlagen umfassen insgesamt 5 Blätter.

- Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:
 - ☒ Grundlage des Berichts
 - ☐ Priorität
 - ☐ Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
 - ☒ Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
 - ☒ Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
 - ☐ Bestimmte angeführte Unterlagen
 - ☒ Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
 - ☒ Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 26/09/2000	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 30.09.00
Name und Postanschrift der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde:  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Felicetti, C Tel. Nr. +49 89 2399 2183 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):
Beschreibung, Seiten:

1-15 ursprüngliche Fassung

Patentansprüche, Nr.:

1-20 eingegangen am 19/04/2001 mit Schreiben vom 17/04/2001

Zeichnungen, Blätter:

1/5-5/5 ursprüngliche Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
☐ Ansprüche, Nr.:
☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen).

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

IV. Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung

1. Auf die Aufforderung zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren hat der Anmelder:
- ☐ die Ansprüche eingeschränkt.
☐ zusätzliche Gebühren entrichtet.
☐ zusätzliche Gebühren unter Widerspruch entrichtet.
☒ weder die Ansprüche eingeschränkt noch zusätzliche Gebühren entrichtet.
2. ☐ Die Behörde hat festgestellt, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht erfüllt ist, und hat gemäß Regel 68.1 beschlossen, den Anmelder nicht zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren aufzufordern.
3. Die Behörde ist der Auffassung, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nach den Regeln 13.1, 13.2 und 13.3
- ☐ erfüllt ist
☒ aus folgenden Gründen nicht erfüllt ist:
siehe Beiblatt
4. Daher wurde zur Erstellung dieses Berichts eine internationale vorläufige Prüfung für folgende Teile der internationalen Anmeldung durchgeführt:
- ☐ alle Teile.
☒ die Teile, die sich auf die Ansprüche Nr. 1-7, 16, 17 beziehen.

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit (N)	Ja: Ansprüche 1-7,16,17 Nein: Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit (ET)	Ja: Ansprüche Nein: Ansprüche 1-7,16,17
Gewerbliche Anwendbarkeit (GA)	Ja: Ansprüche 1-7,16,17 Nein: Ansprüche

**2. Unterlagen und Erklärungen
siehe Beiblatt**

VII. Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung

Es wurde festgestellt, daß die internationale Anmeldung nach Form oder Inhalt folgende Mängel aufweist:
siehe Beiblatt

VIII. Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Zur Klarheit der Patentansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen oder zu der Frage, ob die Ansprüche in vollem Umfang durch die Beschreibung gestützt werden, ist folgendes zu bemerken:
siehe Beiblatt

1 Einheitlichkeit (Regel 13.1 PCT):

In Antwort auf die Aufforderung, eine zusätzliche Prüfungsgebühr zu bezahlen, hat der Anmelder die Ansprüche geändert, ohne eine zusätzliche Prüfungsgebühr zu bezahlen. Mit der Antwort auf den ersten Bescheid der Prüfungsabteilung wurden nochmals geänderte Ansprüche eingereicht.

Der Anspruch 18 wird nunmehr zwar durch den Wortlaut "Vorrichtung nach Anspruch 16" eingeleitet, es ist jedoch nicht erkennbar, ob bzw. in welcher Weise die Merkmale des Anspruches 16 mit den Merkmalen des Anspruches 18 kombiniert sind. Der Anspruch 18 bezieht sich nämlich explizit nur auf Vorrichtungen, bei denen die Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit "aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten ermittelt wird" und die somit nur den Oberbegriff von Anspruch 16 realisieren.

Mittel, die in Analogie zum Anspruch 8 die Erkennung einer unrichtigen Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit von einer Modifikation mit den Mitteln des Anspruches 16 abhängig machen würden, sind nicht erkennbar.

Somit scheint der Anspruch 18 nur "pseudo"-abhängig zu sein.

Der Einwand mangelnder Einheitlichkeit a priori wird aufrecht erhalten.

Die Verfahrensansprüche wurden so abgeändert, daß nunmehr ein einziger unabhängiger Verfahrensanspruch vorliegt. Die ursprüngliche zweite Erfindung ist nunmehr in Kombination mit den Merkmalen nach einem der Ansprüche 1-7 beansprucht.

Wie weiter unten ausgeführt wird, erfüllt der unabhängige Anspruch 1 jedoch nicht das Erfordernis einer erfinderischen Tätigkeit.

Die Ansprüche 2-7 betreffen spezifische Weiterbildungen des Verfahrens zur Ermittlung einer Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit unter Berücksichtigung eines gemessenen Antriebsmomentes.

Die Ansprüche 8-15 beziehen sich im Gegensatz dazu auf Schritte eines völlig anderen Verfahrens, das im Anschluß an ein Verfahren nach einem der Ansprüche 1-7 ausgeführt werden soll, wobei durch Abkoppeln einzelner Räder und Beobachten des Laufverhaltens eine unrichtige Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit ermittelt werden soll sollen.

Hierbei handelt es sich um zwei getrennte Merkmalsgruppen; keines der Merkmale der Ansprüche 8-15 findet eine gleiche oder analoge Entsprechung in einem der Merkmale der Ansprüche 2-7, so daß nach Wegfall des Anspruchs 1 mangelnde Einheitlichkeit a posteriori vorliegt.

Da der Anmelder nicht von der Gelegenheit Gebrauch gemacht hat, für die Prüfung der zweiten Erfindung eine zusätzliche Prüfungsgebühr zu bezahlen und die Ansprüche auch nicht auf die zweite Erfindung eingeschränkt hat, wird sich der Internationale Vorläufige Prüfungsbericht nur auf die erste Erfindung beziehen, welche in den Ansprüchen 1-7 und 16-17 zum Ausdruck kommt.

2 Klarheit (Artikel 6 PCT):

Der Wortlaut "vergleichsweise hoch" im Anspruch 2 ist unklar, da nicht angegeben ist, womit verglichen werden sollte und welche Bedeutung "hoch" in diesem Zusammenhang hätte.

Der geänderte Anspruch 16 ist ein Vorrichtungsanspruch, bezieht sich aber teilweise auf ein Verfahren (wobei ... aus der Tabelle ... gelesen und ... verglichen wird). Das führt dazu, daß der Schutzzumfang nicht klar definiert ist.

3 Neuheit (Artikel 33(2) PCT):

Der geänderte Anspruch 1 unterscheidet sich von den Dokumenten des Recherchenberichtes durch die Ermittlung einer Beschleunigung aus einer Tabelle. Der Anspruch 16 ist zwar unklar, scheint sich aber auf Mittel zur Ermittlung einer Beschleunigung aus einer Tabelle zu beziehen, was in den Dokumenten des Recherchenberichtes nicht gezeigt ist.

Damit erfüllen die geprüften Ansprüche das Erfordernis der Neuheit.

4 Erfinderische Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT):

Als nächstliegender Stand der Technik kann D1 = DE-A- 197 32 554 betrachtet werden. D1 offenbart ein Verfahren zur Ermittlung einer Fahrzeuggeschwindigkeit eines allradgetriebenen Fahrzeuges (Seite 1, Zeile 6).

Nach D1, Anspruch 2 und Seite 3, Absatz 1 wird aus den Winkelbeschleunigungen der Räder eine das Fahrzeug anscheinend beschleunigende Kraft ermittelt. Nach Seite 3, Absatz 1 und 2 wird ein Antriebsmoment ermittelt und in einer vergleichenden Betrachtung überprüft, ob die durch das Antriebsmoment bestimmte Motorlast mit der aus den Rädern ermittelten anscheinenden Fahrzeugbeschleunigung vereinbar ist. Im Fall von Plausibilitätsproblemen wird ein Signal ausgegeben, das ein Durchdrehen der Räder signalisiert und das eine Modifikation der ermittelten Fahrzeuggeschwindigkeit bewirkt (nämlich eine Extrapolation ausgehend von zuverlässigen Werten an Stelle einer Ermittlung aus aktuellen Werten).

Damit unterscheidet sich der Gegenstand von Anspruch 1 von der Lehre nach D1 nur darin, daß eine durch das Antriebsmoment bestimmte Beschleunigung (und damit auch die unmittelbar damit verknüpfte Kraft) aus einer Tabelle ermittelt wird. Es trifft zwar zu, daß D1 zur Art und Weise, wie die Abschätzung der möglichen Fahrzeugbeschleunigung aus der Motorlast in der Abschätzeinrichtung 23 konkret ermittelt wird, keine präzisen Angaben macht, speziell auf dem Gebiet der Fahrzeugelektronik ist jedoch die Verwendung von Tabellen zur Vermeidung von komplizierten Berechnungen in Echtzeit allgemein bekannt, so daß die Verwendung derartiger Tabellen eine allgemein übliche Ausgestaltungsvariante darstellt, auf die der Fachmann ohne Aufwand erfinderischer Tätigkeit zurückgreifen würde. Auch die möglichen Nachteile einer tabellarischen Ermittlung im Vergleich zu einer Berechnung nach einem Algorithmus sind dabei allgemein bekannt, was jedoch nicht zu einem technischen Vorurteil gegenüber tabellarischen Ermittlungen geführt hat.

Damit beruht der Gegenstand nach Anspruch 1 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit. Aus analogen Überlegungen beruht auch der Anspruch 16 - abgesehen von der oben bemängelten Unklarheit - nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit.

Der Anspruch 2 beansprucht explizit nur steigende Beschleunigungen für steigende Antriebsmomente, was auch vom Laien als üblich erwartet würde. Das zusätzliche Merkmal, daß für spezielle Situationen "vergleichsweise hohe" Werte vorhanden sein können ist fakultativ und damit nicht beschränkend. Darüber hinaus ist dieses Merkmal unklar (siehe oben).

Der Anspruch 3 bezieht sich auf eine Bestimmung der erwarteten Beschleunigung auf Grundlage des Motorabtriebsmoments und der Getriebestufe. Die Berücksichtigung der Getriebeparameter ist bereits durch D1, Seite 3, Absatz 1 angeregt und somit für den Fachmann eine normale Ausgestaltungsvariante.

In diesem Zusammenhang ist die Auswirkung der unterschiedlichen Getriebestufen auf die erwartete Beschleunigung für den Fachmann allgemein bekannt, so daß auch der Anspruch 4 keinen erfinderischen Beitrag enthält.

Nach D1, Seite 3, Absatz 2 ist eine Korrektur wegen durchdrehender Räder erforderlich, wenn die aus der Motorlast ermittelte Beschleunigung signifikant geringer ist als die aus den Radbeschleunigungen ermittelte. Damit sind auch die Merkmale von Anspruch 5 der vorliegenden Anmeldung für den Fachmann eine normale Ausgestaltungsvariante.

Ein Modifizieren der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit durch Extrapolieren mit einer errechneten tatsächlichen Fahrzeugbeschleunigung ausgehend von korrekten Geschwindigkeitswerten ist ebenfalls in D1 offenbart.

D3 = US-A- 5 482 360 (siehe Anspruch 1) erwähnt die alternative Möglichkeit, bei der Ermittlung einer extrapolierten Referenzgeschwindigkeit die Signale eines Beschleunigungssensors 7 zu berücksichtigen.

Damit würde der Fachmann sowohl eine Extrapolation an sich als auch die Berücksichtigung eines aus dem Antriebsmoment errechneten oder mit einem separaten Beschleunigungssensor ermittelten Beschleunigungswertes bei dieser Extrapolation als übliche Ausgestaltungsmöglichkeiten betrachten, so daß auch der Anspruch 6 keinen erfinderischen Beitrag liefern kann.

Im Hinblick auf D1 und D2 = DE-A- 197 35 562 ist die Anwendung eines Verfahrens zur Modifikation der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit für den Fachmann in allen allradangetriebenen Fahrzeugen nahegelegt, somit insbesondere auch in Fahrzeugen, die eine beeinflussbare Mittenkupplung aufweisen. Eine explizite Bezugnahme auf Allradantriebe der dritten Generation, bei der die Momentenverteilung auf einzelne Räder gesteuert werden kann ist bereits in D1, Seite 4, ab Zeile 51 zu finden.

Aus den gleichen Gründen beruht auch der Anspruch 17 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit.

Damit erfüllen die Ansprüche 1-7 und 16-17 nicht die Erfordernisse des Artikels 33(3) PCT.

5 Weitere Anmerkungen:

Im Widerspruch zu den Erfordernissen der Regel 5.1 a) ii) PCT werden in der Beschreibung weder der in dem/den Dokument/en D1-D3 offenbarte einschlägige Stand der Technik noch dieses/diese Dokument/e angegeben.

Patentansprüche

1. Verfahren zur Ermittlung der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit eines allradgetriebenen Fahrzeugs, wobei die Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten ermittelt wird, gekennzeichnet durch die Schritte
 - Ermitteln einer Fahrzeugbeschleunigung aus der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit und/oder aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten,
 - Ermitteln eines Antriebsmoments und/oder Messen der Fahrzeugbeschleunigung mit einem Sensor,
 - vergleichende Betrachtung der ermittelten Fahrzeugbeschleunigung und des Antriebsmoments und/oder der gemessenen Fahrzeugbeschleunigung, und
 - Modifizieren der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit in Abhängigkeit von der vergleichenden Betrachtung.
2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß bei der vergleichenden Betrachtung aus einer Tabelle nach Maßgabe des Antriebsmoments eine tabellierte Beschleunigung gelesen und diese mit der ermittelten Beschleunigung verglichen wird.
3. Verfahren nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Tabelle für steigende Antriebsmomente steigende tabellierte Beschleunigungen enthält, wobei sie jedoch für sehr niedrige Antriebsmomente und/oder für Schleppmomente vergleichsweise hohe tabellierte Beschleunigungen enthalten kann.

4. Verfahren nach Anspruch 2 oder 3, dadurch gekennzeichnet, daß das Antriebsmoment das Motorabtriebsmoment ist und daß das Auslesen aus der Tabelle auch nach Maßgabe der Getriebestufe erfolgt.
5. Verfahren nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Tabelle für höhere Getriebestufen niedrigere tabellierte Beschleunigungen enthält.
6. Verfahren nach einem der Ansprüche 2 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß das Modifizieren der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit erfolgt, wenn die ermittelte Beschleunigung größer als die tabellierte Beschleunigung ist.
7. Verfahren nach einem der vorherigen Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß bei der Modifizierung die Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit mit der tabellierten oder einer mit einem Sensor gemessenen Beschleunigung extrapoliert wird.
8. Verfahren nach einem der vorherigen Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß es in einem mit einer beeinflussbaren Mittenkupplung ausgerüsteten Fahrzeug ausgeführt wird.
9. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 8, dadurch gekennzeichnet, daß dann, wenn die Referenzgeschwindigkeit während einer bestimmten Dauer modifiziert wird, diese mit einem Verfahren zur Erkennung einer unrichtigen Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit eines allradgetriebenen Fahrzeugs überprüft wird, wobei die Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten ermittelt und/oder anhand gegebener Werte extrapoliert wird, wobei ein oder mehrere Räder vom Antrieb entkoppelt werden und die Erkennung bezugnehmend auf das Laufverhalten des bzw. der entkoppelten Räder erfolgt.

10. Verfahren nach Anspruch 9, dadurch gekennzeichnet, daß die Entkopplung in Abhängigkeit von der Fahrsituation des Fahrzeugs erfolgt.
11. Verfahren nach Anspruch 10, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erfassung der Fahrsituation mehrere der folgenden Kriterien abgefragt werden können:
 - Aktivierung einer Antriebsschlupfregelung,
 - Extrapolierung der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit,
 - Antriebsmoment und/oder gemessene Fahrzeugbeschleunigung,
 - ein oder mehrere Räder zeigen Antriebsschlupf,
 - Art der Antriebsmomentenbeeinflussung durch eine Antriebsschlupfregelung
 - Stabilität des Laufverhaltens der Räder,
 - Vergleich einer oder mehrerer Radgeschwindigkeiten mit der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit.
12. Verfahren nach Anspruch 9 oder 10, dadurch gekennzeichnet, daß die Abkopplung kürzer als 2 Sekunden andauert.
13. Verfahren nach einem der Ansprüche 9 bis 12, dadurch gekennzeichnet, daß bei der Erkennung auf das Laufverhalten der abgekoppelten Räder nach dem Abkoppeln Bezug genommen wird.

14. Verfahren nach Anspruch 13, dadurch gekennzeichnet, daß der Gradient der Drehzahl der abgekoppelten Räder betrachtet wird.
15. Verfahren nach Anspruch 14, dadurch gekennzeichnet, daß auf eine unrichtige Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit erkannt wird, wenn der Gradient negativer als ein negativer Schwellenwert ist.
16. Verfahren nach einem der Ansprüche 9-15, dadurch gekennzeichnet, daß dann, wenn auf eine unrichtige Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit erkannt wird, diese bezugnehmend auf das Laufverhalten des bzw. der entkoppelten Räder ermittelt wird.
17. Vorrichtung (20) zur Ermittlung der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit eines allradgetriebenen Fahrzeugs, mit einer ersten Ermittlungseinrichtung (21) zur Ermittlung der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten, gekennzeichnet durch eine zweite Ermittlungseinrichtung (22) zum Ermitteln einer Fahrzeugbeschleunigung aus der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit und/oder aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten,

einer dritten Ermittlungseinrichtung (23) zum Ermitteln eines Antriebsmoments,

einer Vergleichseinrichtung (24, 25) für eine vergleichende Betrachtung der ermittelten Fahrzeugbeschleunigung und des Antriebsmoments, und

einer Modifizierungseinrichtung (26) zum Modifizieren der Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit in Abhängigkeit von der vergleichenden Betrachtung.

18. Vorrichtung nach Anspruch 17, gekennzeichnet durch einen Speicher (24) zum Speichern einer Tabelle, wobei bei der vergleichenden Betrachtung aus der Tabelle nach Maßgabe des Antriebsmoments eine tabellierte Beschleunigung gelesen und diese mit der ermittelten Beschleunigung in einem Vergleicher (25) der Vergleichseinrichtung verglichen wird.
19. Vorrichtung nach Anspruch 17 oder 18, dadurch gekennzeichnet, daß sie in einem mit einer beeinflussbaren Mitlenk Kupplung ausgerüsteten Fahrzeug eingesetzt wird.
20. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 17 bis 19 zur Erkennung einer unrichtigen Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit eines allradgetriebenen Fahrzeugs, mit einer Einrichtung (40), die die Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit aus einer oder mehreren Radgeschwindigkeiten ermittelt und/oder anhand gegebener Werte extrapoliert wird, einer Entkoppeleinrichtung (41 - 43), die die Entkopplung eines oder mehrerer Räder vom Antrieb veranlaßt, und einer Erkennungseinrichtung (44) zur Erkennung einer unrichtigen Fahrzeugreferenzgeschwindigkeit bezugnehmend auf das Laufverhalten des bzw. der entkoppelten Räder.
21. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 17 bis 20, gekennzeichnet durch eine Überprüfungseinrichtung (42) zur Überprüfung der Fahrsituation des Fahrzeugs.
22. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 17 bis 21, dadurch gekennzeichnet, daß die Erkennungseinrichtung (44) eine Gradientenbildungseinrichtung zur Bildung des Gradienten der Drehzahl der abgekoppelten Räder aufweist.